

Antrag Nr. 12-F-08-0012

Linke&Piraten

Betreff:

Rehabilitierung der Hexenprozess-Opfer aus Wiesbaden
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 01.02.2012 -

Antragstext:

Ca. 60.000 Frauen und Männer wurden Opfer der so genannten Hexenprozesse in Europa. Unter dem Grafen Johannes von Nassau wurden im 17. Jahrhundert, wie die Auswertung von Akten aus dem hessischen Hauptstaatsarchiv Wiesbaden ergeben hat, auch vier Frauen und zwei Männer aus Wiesbaden als vermeintliche Hexen, Zauberer und Werwölfe gefoltert und hingerichtet:

- Christine Helben, die "Gumpfen-Christine", 3. August 1676,
- Elisabeth Hoffmännin von Sonnenberg (69), Ehefrau des Pfarrers Johannes Hoffmann, Besitzerin des "Bock" (heute Schwarzer Bock), 30. September 1676,
- Fritz Kesselring, Schäfer, 30. September 1676,
- Agnes Kindermann (72), Witwe des Wiesbadener Glöckners Matth. Kindermann, ehemals Leiterin der Mädchenschule, 16. Dezember 1676,
- Katharina Voll aus Biebrich, Witwe des Armenruhmüllers Albert Voll, denunziert durch den Biebricher Pfarrer, 16. Dezember 1676 und
- Philipp Pflüger (62), Metzger und Gerichtsmann, 31. März 1677.

Viele Kommunen, wie zum Beispiel Idstein und Hofheim, haben bereits die moralisch-ethische Rehabilitierung der auf ihrem Gebiet ermordeten Menschen beschlossen.
(Literaturhinweis: Walter Czynsz: Opfer des Hexenwahns. Hexenprozesse gegen Wiesbadener Bürger (1676), in: Hans-Jürgen Fuchs (Hg.): Verbrechen und Schicksale. Ein Wiesbadener Pitaval. Spektakuläre Kriminalfälle aus vier Jahrhunderten, Edition 6065, Seite 33 - 52)

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden spricht sich, wie bereits andere Kommunen vor ihr, für die Rehabilitierung der Wiesbadener Frauen und Männer aus, die in so genannten Hexenprozessen gefoltert und hingerichtet wurden. Die Stadtverordneten verurteilen diese Gewalt, die damals an Bürger_innen der Stadt begangen wurde. Sie gedenken der Opfer und geben ihnen mit der moralischen Rehabilitierung im Namen der Menschenrechte ihre Würde zurück - dies gebietet die ethische Verpflichtung gegenüber den Opfern.
2. Die Ausschüsse für Frauenangelegenheiten sowie Schule und Kultur werden gebeten Vorschläge zu erarbeiten um den Opfern im öffentlichen Raum zu gedenken. Dazu sollen Expert_innen zur Beratung hinzugezogen werden.
3. Der Magistrat wird um Kontaktaufnahme zum Idsteiner Magistrat gebeten wegen möglicher gemeinsamer Aktivitäten, da die Opfer aus Wiesbaden in Idstein ihr Leben gelassen haben.

Wiesbaden, 01.02.2012

Antrag Nr. 12-F-08-0012
Linke&Piraten

gez. Hartmut Bohrer
Fraktionsvorsitzender

f.d.R. Evelyn Zell
Fraktionsassistentin